

Sachparteien statt Machtparteien

Wertstufendemokratie als innere Synthese von direkter und repräsentativer Demokratie

Johannes Heinrichs

Als Andreas Bangemann mich anrief, ob er meinen früheren Artikel Jetzt aufs Ganze gehen (HW 3/2009)^[1] noch einmal als Beitrag in diesem ganz der Demokratie gewidmeten Heft bringen könne, habe ich mich darauf besonnen, wie viele Artikel zur „Viergliederung“ ich schon in der HUMANEN WIRTSCHAFT bzw. in deren Vorgängerin platziert hatte – und mit welchem Erfolg. Nach meinem Schriftenverzeichnis^[2] sind es im Ganzen bisher 23 Artikel, die mehr oder weniger direkt um dieses Thema kreisen. Hinzu kommen etwa zehn Aufsätze in anderen freiwirtschaftlichen Zeitschriften, um nur von diesen zu sprechen. Statt eines Nachdrucks eines von ihnen, die man teils im Netz finden kann, ziehe ich einen frischen Beitrag mit rückblickender Zusammenfassung in Diskussion mit möglichen Alternativen vor.

Meine „Karriere“ im freiwirtschaftlichen Schrifttum begann im März 1994 mit dem Artikel *Natürliche Wirtschaftsordnung und natürliche Sozialordnung*, zu dem mich der damalige Redakteur und Herausgeber Willi Schmülling aufgefordert hatte. Als „natürliche Sozialordnung“ charakterisierte ich, in mutigem Anklang an Gesells Hauptwerk *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, die Synthese von Handlungstheorie und Systemtheorie, die ich seit meinen Frankfurter Vorlesungen (1975 ff.) an der Jesuitenhochschule Sankt Georgen entwickelt hatte, eine Systemtheorie, die sich aus dem Innersten der handelnden Reflexionswesen, genannt Menschen, ergibt. Darin wird der leidige Gegensatz zwischen den individuellen Akteuren und den sozialen Systemen überwunden, zunächst freilich nur in der Theorie.

1 <https://humane-wirtschaft.de/jetzt-aufs-ganze-gehen-johannes-heinrichs/>

2 www.johannesheinrichs.de/Chronologisch.43774.html

Der unaufgelöste Streit um Handlung und System

Das Thema ist bis heute von höchster Bedeutung. Die beiden Denkschulen stehen sich noch immer fremd und daher unfruchtbar gegenüber: auf der einen Seite die handlungstheoretische^[3] von Jürgen Habermas als Haupterben der „Kritischen Theorie der Gesellschaft“, auf der anderen die von Niklas Luhmann (1927-1998) der noch immer als maßgeblicher Systemtheoretiker gilt. Habermas genießt weltweit höchstes Ansehen, m. E. eben ein im Zuge der 68er Bewegung von seinen Vorgängern ererbtes und durch eine halbdunkle, komplizierte Sprache geschickt verwaltetes, keines aber, das auf wirklichen Leistungen zur Klärung der weltweiten Probleme des Kapitalismus mit seiner schon von Marx zugestandenen Verwandlungskraft und Zerstörungswut in Bezug auf Welternährung, Verteilungsgerechtigkeit und Naturabbau beruht. Ich halte diese „Weltmacht Habermas“ (so die ZEIT schon zu seinem 80. Geburtstag, dem ähnliche Jubeltöne zu seinem 90. im Jahre 2019 folgten) für eine Macht der Blockierung und des modischen Denkersatzes. Nicht einmal der von ihm lancierte Mode-Ausdruck „Diskurs“ wird geklärt: ob es sich um *Redezusammenhang überhaupt* handelt (wie im englischen und französischen Sprachgebrauch) oder um *argumentative, wissenschaftliche Rede*! Viel weniger gibt es sonst Definitionen in Habermas' Diskurs, ganz im Gegensatz etwa zu dem diesbezüglich vorbildlichen,

3 In der eigentlichen Handlungstheorie ist Habermas jedoch kaum über die Vorgaben von Max Weber hinausgekommen. Ich habe ihm 2007 mein Buch „Handlungen“ mit einem Offenen Brief als Anhang geschickt, ohne von diesem „Kommunikationstheoretiker“ einer Antwort gewürdigt zu werden. Seine Ansätze von Sprachtheorie stützen sich auf den amerikanischen Sprachpragmatiker John Searle und sind systematisch unzureichend, zumal er die inzwischen wieder aus der Mode gekommene Linguistic-Turn-Theorie vertritt, dass all unsere Erkenntnisleistungen strikt durch die Sprache begrenzt werden. Interessenten darf ich hinweisen auf den 1. Band meiner 5 Bände *Sprache, Varna* – München 2008/9, jetzt Baden-Baden 2019.

philosophisch-begrifflich fundierten Soziologen Max Weber (1864-1920).

Ebenso beruht der Nimbus Luhmanns auf raffinierten intellektuellen Spielen und Unklarheiten eher konservativ-technokratischer Prägung, die von seinen Nachfolgern mehr oder weniger lustvoll weitergespielt werden, die jedoch in gar keiner Weise den anstehenden realen Problemen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene gerecht werden. Diese beiden großen Denk- oder eher Sprechschulen fördern in erheblichem Maße das in der Öffentlichkeit, was kürzlich Friedrich Merz seiner Partei bescheinigte, allerdings erst nach dem Wahldesaster vom September 2021: Denkfaulheit. Ich möchte für die intellektuelle oder pseudointellektuelle Szene des Spätkapitalismus noch hinzufügen: nachbetendes Mitläufertum, das sich unter höchst komplizierten Diktionen und unendlichen bloßen Textkenntnissen versteckt. Jener Streit zwischen Handlungs- und Systemtheorie blieb unaufgelöst liegen. Lösungsversuche blieben völlig unbeachtet, weil jene Prominenten ihr Genügen daran fanden, sich gegenseitig hochzuschaukeln.

Aus meiner sozialphilosophischen Sicht liegen die Dinge gerade in unserer Nation, die zwar eine bedeutende Dichter- und Denkertradition hat, diese jedoch derzeit fast nur noch in der Ingenieurskunst auslebt, derart, dass wir unter der Herrschaft des „*herrschaftsfreien Diskurses*“ (Habermas) auf einem Tiefstand des geistes- und sozialwissenschaftlichen Diskurses (im wissenschaftlichen Sinne) angelangt sind. Und das ist keineswegs bloß ein akademisches Problem! Deshalb muss ich so weit ausholen und mir einige Polemik erlauben. Denn der Fisch des sozialen Ganzen stinkt vom Kopfe, von den human- und sozialwissenschaftlichen Wortführern und den akademischen wie publizistischen Verhältnissen her. Für die Erneuerung und Weiterentwick-

lung der Demokratie brauchen wir das disziplinierte, schöpferische Denken und eigenes Verstehen, nicht autoritätsfixiertes Mitläufertum im Halbdunkel. Dies nicht zuletzt in Bezug die sachgerechte Einordnung der Wirtschaft ins Gesamt des Sozialen, worauf ich nun zu sprechen kommen werde.

Grundansatz der Reflexions-Systemtheorie



Die Grundgedanken, die in jenem ersten Artikel darlegte und die ich bis heute unverändert mit ihren weitreichenden politischen Konsequenzen zu verdeutlichen suche, waren:

Menschliches Selbstbewusstsein beruht auf einer inneren, gelebten Reflexivität (im Unterschied zu einer bloß nachträglichen, theoretischen Reflexion). Es ist *Selbstbezug-im-Fremdbezug*.

Die zwischenmenschliche Begegnung ist ein *soziales Reflexionsgeschehen*, welches der Baustoff der gesamten Gesellschaft ist, mit all ihren Erscheinungen und Einrichtungen.

Diese soziale Reflexion (ein bis dahin unbekannter Begriff) hat nur vier wesentliche *Reflexionsstufen*^[4]:

1. den (individuellen wie gemeinsamen) *Sachbezug*
2. das *strategische Verhältnis* der je einseitigen Interessenverfolgung

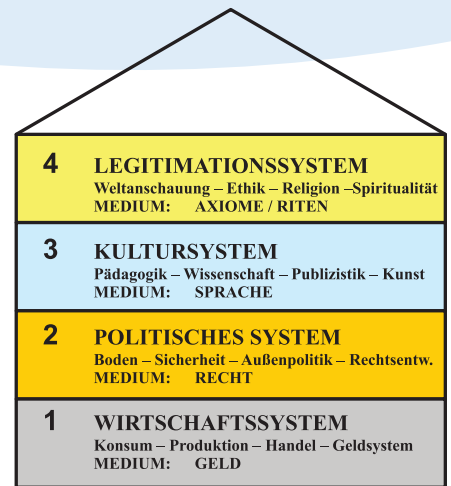
⁴ In *Revolution der Demokratie* (2003/2014) sowie in der Kurzfassung *Demokratiemanifest* (2005) werden diese Stufen durch Zeichnungen verdeutlicht, auf die hier um der Kürze willen verzichtet wird.

3. das kommunikative Verhältnis der doppelten und gegenseitigen Reflexion: *die Kommunikation*. Jeder lässt wechselseitig die Intentionen des Anderen wie seine eigenen gelten. (Dies beginnt beim Eintritt in die Gemeinsamkeit des Blickens.)
4. die *metakommunikative* Ebene der gemeinsamen Abschlussreflexion (Verabredung) unter Einbezug der Sinn-Voraussetzungen aller sozialen Begegnung: *Metakommunikation*.

Kenner werden erkennen, dass ich hier durchaus an die „embryonal“ gebliebene Handlungstheorie und einige Ausdrücke von Habermas positiv anknüpfe, dass es sich jedoch bei dieser Reflexions-Systemtheorie vom Handeln der Menschen her um eine sprunghafte Weiterentwicklung handelt. Doch es kam nicht zu einem echten „Diskurs“ mit den genannten Matadoren, auch aus manchen biografischen Gründen.^[5]

Die systemtheoretischen Konsequenzen (wenn man die Verhältnisse nicht aus der Perspektive der Einzelnen, sondern „von oben“ betrachtet) sind näm-

⁵ Dazu gehört auch mein theologisch begründeter Austritt aus dem Jesuitenorden unter Aufgabe der Professur in Frankfurt, dann die Erfahrung, dass es im konkordats- wie parteigeprägten Universitätswesen der deutschsprachigen Länder schwer ist, als Ex-Jesuit an einen philosophischen Lehrstuhl zu kommen. Wäre ich in kirchlichen Gefilden geblieben, wäre das, was ich im Folgenden kurz umreiße, heute wahrscheinlich kirchliche Soziallehre. Der damalige „Nestor der katholischen Soziallehre“, Oswald von Nell-Breuning, besuchte meine Vorlesungen und stimmte im Wesentlichen zu. In *Sprung aus dem Teufelskreis*, Varna-München, 2. Aufl. 2005, Kap. 10 wurde aus einigen Briefen O. v. Nell-Breunings zitiert.



lich, dass es vier große Ebenen des sozialen Handelns gibt: Systemebenen und Wertstufen, wie ich sie später im Buch *Revolution der Demokratie* sowie in zahlreichen Artikeln mit erweiterter, fraktaler Untergliederung (einem dialektischen gleich reflexionstheoretischen Gliederungsprinzip) so zusammengefasst habe:

Was in jenem ersten Artikel von 1994 erstmals – zunächst bloß in einer Anmerkung! – zum Durchbruch kam, war der Gedanke, wie diese System- und Wertstufen denn politisch realisiert werden können. Diese entscheidende Frage war in meinen Frankfurter Vorlesungen (1975-1977) noch sozusagen in der Luft hängen geblieben, was mich bis zu diesem Durchbruch sehr beunruhigte. Der neue Gedanke war: Der Parlamentarismus ist es, der so gestaltet werden muss, dass er selbst zum Träger der Realisierung dieser Wertstufung wird, und zwar durch die Gliederung des Parlamentes in Teilparlamente, wie es die folgende Grafik veranschaulicht:

Das soziale System als Staat

4. Legitimationssystem

Weltanschauung, Ethik, Religion, Spiritualität

3. Kultursystem

Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik, Kunst

2. Politisches System

Boden und Verkehr, innere und äußere Sicherheit, Außenpolitik, Rechts- und Verfassungspolitik

1. Wirtschaftssystem

Konsum, Produktion, Handel, Geld

4. Judikative
3. Legislative
2. Exekutive
1. Verwaltung

= Grundwerteparlament

4. Judikative
3. Legislative
2. Exekutive
1. Verwaltung

= Kulturparlament

4. Judikative
3. Legislative
2. Exekutive
1. Verwaltung

= Politisches Parlament

4. Judikative
3. Legislative
2. Exekutive
1. Verwaltung

= Wirtschaftsparlament

Rahmengesetzgebende Weisungsbefugnis

Durch diese Gliederung des Parlamentes werden die leidigen Allroundparteien, wie wir sie jetzt haben und an deren unsachlichen Machtspielchen die Demokratien diesseits wie (derzeit besonders akut) jenseits des Atlantiks zu zerbrechen drohen, zu Sachparteien. Wer die Gefährdung unserer Demokratien von innen her, durch das derzeitige Parteienwesen, nicht allein durch das angelsächsische Zweiparteiensystem, sondern auch durch unser Vielparteiensystem, noch nicht vom Prinzip her verstanden hat, dass es sich nämlich um organisierte Unsachlichkeit aus Machtgründen handelt, hat den Ernst der heutigen Demokratiekrise noch nicht erkannt. Diese Krise gleicht fast der Klimakrise an Brisanz und hängt mit dieser innerlich zusammen. Denn nur durch naturgemäße Sachlichkeit können wir die Menschheit noch in dieser Zahl auf diesem Planeten halten. Ob uns autoritäre Systeme wie China^[6] wenigstens in dieser ökologischen Art von Sachlichkeit überflügeln oder ob wir bald einen demokratischen Weg auch zur sozialen, zwischenmenschlichen Sachgemäßheit finden, das ist die große Frage.

Zur „direkten“ Demokratie der Volksabstimmungen



Es gibt allerdings heute eine Strömung, die aus der Erkenntnis der Unzulänglichkeit des Parteiensystems heraus die parlamentarische Demokratie überhaupt in Frage stellt und ablehnt.^[7] Dies hieße jedoch, das Kind mit dem Bad ausschütten. Das wäre der Abschaffung des Autoverkehrs vergleichbar, im Unterschied zur Umstellung von Verbrennern auf elektrische Antriebe. Mit dem Unterschied allerdings, dass das Funktionieren von Elektroantrieb inzwischen gesichert und erprobt ist – was man von einer einseitig „direkten“ De-

mokratie keineswegs sagen kann. Ich setze „direkt“ in Anführungszeichen, weil erstens auch eine Volksabstimmungdemokratie auf mächtige Wortführer und Organisatoren angewiesen ist (noch viel stärker als eine relativ „reine“ Versammlungsdemokratie griechischer, altgermanischer und Schweizer Art).

Zweitens ist es falsch, an dem alten Gegensatz von „direkt“ und „repräsentativ“ (parlamentarisch) festzuhalten, wie ihn inzwischen überholte Schulbücher und Politologen noch lehren. Der scheinbar klare Gegensatz ist vor allem deshalb überholte Weisheit, weil die Wahl von Sachparteien zugleich *Abstimmung über die Sachen* darstellt, die ja den Kern von direkter Demokratie ausmacht. Ein sachlich gegliederter Parlamentarismus erfüllt daher die Definition von „direkter“ Demokratie – eben durch den Sachbezug der Parteien. Und zwar erfüllt er diese Definition besser. Denn ohne den „Streit“ gegensätzlicher Positionen zu den Sachfragen und die kompetente Beratung darüber geht es nicht und soll es nicht gehen.

Ich spreche mich keineswegs gegen Volksabstimmungen auf Bundesebene aus, wie sie vom Verein „Mehr Demokratie“ seit Jahrzehnten propagiert werden, wenn auch leider viel zu einseitig, wie ich immer wieder erfahren musste. Volksabstimmungen wären tatsächlich ein großartiges Instrument, um eine grundlegende Veränderung in Richtung Wertstufendemokratie in Gang zu setzen sowie für andere Richtungsentscheidungen von nationaler und dauerhafter Tragweite. Doch taugen sie nicht für den alltäglichen Demokratievollzug mit tausend Gesetzen pro Jahr. Sie ändern somit nicht viel an der Unsachlichkeit des alltäglichen Parteienwesens samt zugehörigem undurchschaubarem Lobbyismus. Deshalb haben die Grünen sich von diesem Programmpunkt, der Festlegung von Basisdemokratie auf Volksabstimmungen auf Bundesebene à la Brexit, mit Recht distanziert (was sie Stimmen dieser Art Demokraten gekostet haben wird) – ohne freilich schon die Wertstufendemokratie als alternative Form der direkten Demokratie oder besser: als innere Synthese von direkter und repräsentativer Demokratie erkannt und diskutiert zu haben. (Denn die Mittel zur Bekanntmachung dieses anspruchsvolleren Konzepts werden von den Vereinen des scheinbar Selbstverständlichen

absorbiert, einschließlich der Aufmerksamkeitsökonomie.)

Apropos Grüne: Ich gestehe, dass ich schon in den 80er Jahren aus dieser Partei wieder ausgetreten bin. Nicht so sehr, weil das Konzept „Basisdemokratie“ unbestimmt blieb. Das hätte ich gern im Zuge der Reifung meiner eigenen Einsichten schrittweise eingebracht. Sondern weil ich die undifferenzierte Multi-Kulti-Haltung in der Migrationsfrage nicht mittragen konnte. Als ob die Nationen etwas von Gestern wären, bloß weil in ihrem Namen furchtbarer Missbrauch begangen wurde, ähnlich wie im Namen der Religionen! Ich habe in meinem Buch *Gastfreundschaft der Kulturen* (1994, 2017) unter anderem die Notwendigkeit der Unterscheidung der gastgebenden von den Gastkulturen hervorgehoben. Wohlgedenkt, nicht die einzelnen Zuwanderer sollen Gäste bleiben, sondern ihre Kulturen als solche, ihre Sitten und Gebräuche im Verhältnis zu denen der einheimischen deutschen Kultur, in erster Linie natürlich des Sprachgebrauchs. Ich warnte damals vor dem Erstarken einer patriotischen Rechten, falls diese und andere Unterscheidungen wie die von Blut (Rasse) und Kultur sowie von Kultur und Religion nicht getroffen würden. Diese Befürchtung hat sich stärker, als ich es selbst dachte, mit dem Aufkommen der AfD bewahrheitet. Diese Partei hat hierin immerhin einen kleinen berechtigten Kristallisationskern, der leider bis heute nicht sachgerecht thematisiert wurde, natürlich auch von der AfD selbst nicht. Die Migrations- oder Einwanderungsfrage wurde von keiner Seite deutlich mindestens so stark als Kulturfrage wie als Wirtschaftsfrage behandelt – ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit, die Ebenen Wirtschaft, Politik, Kultur und Grundwerte zu unterscheiden.

Zurück zur Frage eines Parlamentarismus, der diesen Systemebenen und Wertstufen Rechnung zu tragen imstande ist, durch Gliederung in Teilparlamente mit entsprechenden Sachparteien. Demokratie beruht keineswegs allein auf dem Mehrheitsprinzip, auf dem bloßen Abzählen von Stimmen. Auch hier ist eine reflexionslogische Vierstufung zu erkennen:

1. Das quantitativ-objektive *Mehrheitsprinzip*;
2. das Repräsentationsprinzip im Sinne der Delegation oder *Vertrau-*

6 Ich erhielt 2004, nach Erscheinen von *Revolution der Demokratie*, von der chinesischen Akademie der Wissenschaften, eine konkrete Einladung zu einer akademischen Vortrags-Rundreise durch China. Bedingung war allerdings eine institutionelle (kaum finanzielle) Beteiligung der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Diese verweigerte sich in anonymen Gutachten diesem Vorhaben. Etwa, um mich zu schützen? Mein Gedanke war: China einen Weg aufzuzeigen, die westlichen Länder in Sachen Demokratie zu überflügeln. Ich weiß nicht, was ich zu dem Zeitpunkt hätte bewirken können. Doch vielleicht hat die deutsche Bürokratie ein „window of opportunity“ leichtfertig geschlossen.

7 Dies ist wesentlicher Bestandteil meiner Kontroverse mit dem geschätzten Kollegen Wolfgang Berger in HW, Heft 4 und 5/ 2019.

ensübergabe von den Einzelnen (Subjekten) an Vertreter; ohne das zentral menschliche Prinzip Vertrauen kann keine Demokratie funktionieren;

3. das Prinzip der intersubjektiven Beratung kompetenter Vertrauensleute der Wähler,
4. die sachgerechte systemische Gliederung.

Zu externen „Bürgerräten“ und zur internen Aufblähung des Parlaments



Übrigens sehe ich unter diesen Demokratieprinzipien keinen Platz für zufällige, durch Los zusammengesetzte „Bürgerräte“, die neuerdings als Heilmittel empfohlen werden. Diese bilden Ersatz- oder Hilfsparlamentchen, welche durch Common-sense-Sachlichkeit die Blöße der bisherigen Unsachlichkeitsparteien bedecken sollen, durch einen erheblichen zusätzlichen Aufwand – über das bereits ins Maßlose angeschwollene Parlament hinaus. Es ist eine Maßnahme zur Erhaltung des bisherigen Proto- oder Primitiv-Parlamentarismus mit seiner konstitutionellen Schwäche, der Zusammensetzung durch Unsachlichkeitsparteien!

In einer künftigen Wertstufendemokratie haben die BürgerInnen jährlich die Gelegenheit, an einem Wahlfeiertag, kompetente Vertreter ihres Vertrauens für die einzelnen Wertbereiche (Wirtschaft, Politik im engeren Sinn, Kultur und Grundwerte) zu bestimmen. Jedes der Teilparlamente braucht nicht mehr als höchstens 150 Abgeordnete zu haben, macht zusammen dann 600 Abgeordnete für das Gesamtparlament. Von einer weiteren Aufblähung wie jetzt, durch puren Machtgoismus der Allroundparteien kann keine Rede sein.

Was die neuerliche Aufblähung des Deutschen Bundestags auf rund 800 Sitze angeht, so sei es mir erlaubt, meine Mail vom 2. Februar 2020 an den Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble sowie an die anderen Mitglieder des Bundestagspräsidiums wiederzugeben.

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!

Eigentlich wäre Ihre Verlegenheit mit der Aufblähung des Parlamen-

tes wegen der Überhangsmandate der gegebene Zeitpunkt, eine weiter entwickelte Synthese von parlamentarischer und direkter Demokratie zu verwirklichen: durch die Unterteilung des Parlamentes in Kammern für Wirtschaft, Politik im engeren Sinne, Kultur und Grundwerte und die Aufgliederung der bisherigen Allroundparteien in Sachparteien. Während diese seit Jahren vorgeschlagene Lösung einer inneren Synthese von repräsentativer und direkter Demokratie (vgl. zu diesem Konzept einer viergliedrigen Wertstufendemokratie das Buch "Revolution der Demokratie" von 2003 und 2014 sowie dessen zahlreiche Kurzfassungen im Netz) von den großen Parteien und ihrer Publizistik jedoch noch ignoriert wird, wäre die folgende vorläufige Lösung durch eine bloße Änderung des Wahlgesetzes leicht praktikierbar und von allen wirklich demokratisch gesonnenen Parteien akzeptabel:

Kurzfassung: Erststimme für eine Partei bzw. einen unabhängigen Kandidaten; Zweitstimme für die Platzierung von Kandidaten auf Parteilisten.

Erläuterung: Wenn die Wählerinnen mit einer Zweitstimme die Platzierung eines Kandidaten auf der Liste der jeweils von ihnen gewählten Partei mitbestimmen können, wird durch diese Zweitstimme nicht allein das Prinzip der direkten Persönlichkeitswahl aufrecht erhalten, ja verstärkt. Es wird darüber hinaus die Abhängigkeit der Kandidaten von ihren Parteien gemildert, also das Element der Direktwahl im Sinne der berechtigten direktdemokratischen Bestrebungen bedeutend verstärkt. Unter dieser Bedingung kann die Erststimme selbst schon eine reine Listen- und Verhältniswahl sein. Das Problem der Überhangmandate wird somit gegenstandslos – ohne eine Einbuße der direkten Persönlichkeitswahl. Es müssen sich lediglich künftig mehrere Kandidaten ein und derselben Partei in einem Wahlkreis zur Wahl stellen.

Ich bin gespannt, ob "das politische System" auch angesichts dieser evidenten Lösung erneut "versagt", wie der SPIEGEL sich ausdrückt. Ich wünsche mir für die Glaubwürdigkeit und Weiterentwicklung unserer Demokratie überhaupt wie für die Allgemein-

heit der deutschen Wählerinnen und Steuerzahlerinnen wie für Sie persönlich eine rasche überparteiliche Diskussion und Akzeptanz dieses konstruktiven Vorschlags noch vor der kommenden Bundestagswahl!

Mit vorzüglicher Hochachtung
J.H. (mit Signatur und Adressen)

Der Brief wurde von der Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Heimat, Frau Andrea Lindholz MdB, pro Forma höflich beantwortet. Dabei blieb es. Er ging als offener Brief gleichzeitig an den SPIEGEL, weil dieser das Problem unter dem Titel „Tanz der Dickköpfe“ (SPIEGEL Nr.6/2020, S. 24-27) ausführlich thematisiert hatte. Vom SPIEGEL war ich gewohnt, dass er gelegentlich einen Leserbrief von mir brachte – jedoch meist mit Wegkürzung gerade des Wesentlichen. Diesmal brachte er nicht einmal die Kurzfassung. Wir berühren hier das leidige Thema der Presse. Zwar haben wir formelle Pressefreiheit. Es ist auch verfassungstheoretisch Unsinn oder bloßer Scherz, der aus Gewohnheit oftmals für bare Münze genommen wird, die Publizistik als „Vierte Gewalt“ zu apostrophieren. Denn die Publizistik ist gerade keine Staatsfunktion wie die anderen sogenannten Gewalten.^[8] Doch es ist eine Presse, die sowohl von mächtigen Sponsoren (die möglichst geheim gehalten werden) wie vom Publikums-Absatz finanziell abhängig ist. Die finanzielle und vielfach parteipolitische Abhängigkeit kulturellen Lebens, vor allem auch der Wissenschaft, stellt viele nicht leicht und nicht einmal zu lösende Probleme. Diese von der Sache her stets wiederkehrenden Probleme sind jedoch aufgrund der Transparenz, die eine gegliederte Wertstufendemokratie schafft, grundsätzlich viel leichter lösbar – während sie ohne die institutionelle Wertstufung

⁸ Nebenbei: In der Sicht der Reflexions-Systemtheorie ist die Vierte Gewalt neben den drei bekannten Staatsgewalten die Verwaltung. Dieser Teil der Exekutive muss logisch wie aus praktischen Bedürfnissen dringend von der Regierungs-Exekutive unterschieden werden, d. h. die Verwaltung oder Bürokratie muss ebenso wie die Regierung unmittelbar der parlamentarischen Kontrolle unterstellt werden. Die reflexionslogische Stufung der somit vier „Gewalten“ betrifft das jeweilige Verhältnis zu den Gesetzen, die den Rechtsstaat ausmachen: 1. Verwaltung als „objektive“ Anwendung der Gesetze, 2. Regierung als subjektgebundene Entscheidungsfreiheit der Regierenden, 3. Legislative als kommunikative Beratung der Volksvertreter, 4. Judikative als Durchsetzung des Rechts und metakommunikative Überwachung der Rechtsvorgänge.

des sozialen Systems schier unlösbar bleiben.

Wirtschaftsdemokratie



Ich möchte die vorher aufgeführten Demokratieprinzipien (Mehrheit, Vertrauensdelegation, Beratung und systemische Gliederung) für den Bereich der Wirtschaft eigens verdeutlichen, dem Bereich des sozialen Ganzen, der in dieser Zeitschrift besondere Beachtung findet, lange Jahre unter Ausblendung der anderen Systemebenen. Zumal Silvio Gesell mit Marxisten und Wirtschaftsliberalen dies gemein hatte: den Glauben, dass das Ganze des Sozialen in Ordnung komme, wenn nur die Wirtschaft über das Geldsystem richtig organisiert sei. Man vergleiche zu dieser Feststellung Gesells Spätschrift *Der abgebaute Staat* von 1929! In all meinen anfangs erwähnten 23 Artikeln war es jedoch mein Anliegen, die Wirtschafts- und Geldreform in den Rahmen einer integralen Sozial- und Staatstheorie zu stellen. Dass dies nicht zum Nachteil der Geld- und Bodenreform geschieht, dass vielmehr im Gegenteil erst mit dem „schweren Gerät“ einer ganzheitlichen Demokratiereform die wirtschaftlichen Anliegen voll zum Zuge kommen können, dies sei abschließend noch einmal verdeutlicht.

Ich übernehme hier einige Passagen eines früheren Artikels, an dem mir für diesen Leserkreis besonders liegt: „Wo bitte geht's zur Wirtschaftsdemokratie“ (*HW 05/2013*), damals geschrieben im Hinblick auf den Wahlherbst 2013, aus dem Angela Merkel zum dritten Mal als Siegerin hervorgehen konnte, bevor sie mit ihrer (wie üblich) pauschalen, völlig undifferenzierten Aussage „*Wir schaffen das*“ – eben wegen des Fehlens einer klärenden Unterscheidung der Wirtschafts- von den Kulturfragen der Zuwanderung! – ins Gedränge kam. Bedeutet „Integration“ der Asylsuchenden und Wirtschaftsmigranten nur wirtschaftliche Integration (Arbeitsplätze) oder auch kulturelle Integration (Akzeptanz der kulturellen Gebräuche, vor allem des Sprachgebrauchs). Klarheit darüber hätte der AFD den Wind aus den Segeln genommen.

Das Wort „Wirtschaftsdemokratie“ mag den Älteren unter den Lesern noch vertraut klingen. Denn es bezeichnete lange ein großes Anliegen der Gewerkschaften.

„Mit Wirtschaftsdemokratie werden verschiedene historische und zeitgenössische Gesellschaftsentwürfe bezeichnet, welche die Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen an der Ordnungs- und Prozesspolitik der Wirtschaft beziehungsweise eine demokratisch legitimierte Gestaltung und Steuerung der Wirtschaft zum Programm erheben.“

Geprägt wurde der Begriff von einer im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali geleiteten Kommission zur Ausarbeitung eines Programms zur Demokratisierung der Wirtschaft. Das von namhaften Wissenschaftlern kollektiv erarbeitete Programm zur Wirtschaftsdemokratie wurde 1928 von den Delegierten des Hamburger Gewerkschaftskongresses verabschiedet. In ihrem Verständnis stellte es ein Übergangsprogramm zum Sozialismus dar.“⁹

Lassen wir die hier behauptete Nähe zu dem ohnehin stets unklaren Begriff „Sozialismus“ beiseite. Denn ich möchte von diesem für sich schon wichtigen gewerkschaftlichen und betriebsbezogenen Begriff ohnehin einen *gesamtgesellschaftlichen und systemtheoretischen* Begriff von Wirtschaftsdemokratie deutlich unterscheiden. Es scheint mir legitim, dasselbe markante Wort in einem Sinne zu verwenden, der die alten gewerkschaftlichen Anliegen zwar einschließt, doch weit darüber hinaus geht. Wirtschaftsdemokratie als Teil einer gesamtdemokratischen Konzeption bedeutet: *demokratische Gestaltung der Prinzipien und Grundlagen einer Volkswirtschaft durch bereichsspezifische, wirtschaftsbezogene Wahlen von Volksvertretern (Parlamentariern) für ein Wirtschaftsparlament, das die gesetzlichen Grundlagen der Volkswirtschaft in Abstimmung mit den anderen Teilparlamenten festlegt.*

Bevor wir ins Einzelne gehen und nach den wirtschaftsbezogenen Parteien fragen, die für solche Wahlen in Betracht kommen, sei festgestellt:

1.) Eine demokratisch vereinbarte Art von Wirtschaft hat es noch nie in der

⁹ Nach Wikipedia, aufger. am 3. 10. 2021. Vgl. das Buch *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, herausgegeben im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali, Berlin 1928. Neuauflagen 1966 und 1984.

neueren Geschichte der Menschheit (also abgesehen von möglichen Urdemokratien in frühen Stammesgesellschaften) für eine Gesamtgesellschaft gegeben! Insofern handelt es sich bei solcher Wirtschaftsdemokratie um ein revolutionäres Novum.

2.) Das Wirtschaftsparlament ist als Teil eines Gesamtparlamentes zu verstehen, und zwar als systemtheoretisch sowohl fundamentaler wie untergeordneter Teil des Gesamtsystems.

Solche Unterordnung und Einordnung ins soziale Ganze läuft – nach meiner eigenen Erfahrung, etwa auf prominenten Konferenzen wie etwa dem Welt-Kultur-Forum, das 2007 in Dresden stattfand und auf dem ich mein Demokratiekonzept vortragen konnte – den beteiligten Wirtschaftsbossen sowie deren kulturbeflissenen Stiftungen gegen den Strich. Sie verstehen gern „freie Marktwirtschaft“ als eine das soziale Ganze „frei“ bestimmende Marktwirtschaft. Das ist dem Gedanken einer *dienenden Wirtschaft und eines dienenden Geldes*, den man in zinskritischen Freiwirtschafts-Kreisen oft ausgesprochen findet, entgegengesetzt. Man muss sich klar machen, was hier zur Debatte steht.

Die gegenwärtige Halb- oder Vierteldemokratie wird von der Macht der Wirtschaft und des Geldes beherrscht. Von einer dienenden Wirtschaft kann nicht die Rede sein. Wo immer sich nämlich wirtschaftliche Macht ungefiltert zugleich als demokratisch-politische Macht auswirkt, wo Geld z. B. für die Besetzung parlamentarischer oder exekutiver Ämter direkt oder indirekt eine Rolle spielt, kann von einer echten Demokratie, die auf Gleichheit der Stimmen und des gesamtpolitischen Einflusses beruht, nicht die Rede sein. Die folgende, von mir und meinen politischen Freunden schon oft verwendete Karikatur veranschaulicht die strukturelle Dominanz der Wirtschaft und ihrer Vertreter:



3.) Was die richtige, reflexionslogisch begründete Wertstufenordnung angeht, so wird deren hierarchischer Aspekt, an dem sich manche stoßen, in einem gegliederten Parlamentarismus durch einen zirkulären Aspekt ausbalanciert:



Diesem Kreislauf der parlamentarischen Kammern und Wertstufen kann durch 1., 2. und 3. Lesung einer Gesetzesvorlage in jedem der Teilparlamente oder Kammern Rechnung getragen werden.

Kapitalistische Demokratie kann nicht wirklich demokratisch sein!



Es wäre nun ausführlicher der Beweis zu führen, dass eine *kapitalistische Demokratie*, eine solche nämlich, die auf der Selbstvermehrungseigenschaft des Geldes durch den Zinseszinsmechanismus sowie auf der Rendite des „arbeitenden Geldes“, somit zugleich auf dem Zwang zum Wachstum sowie auf der Möglichkeit der Spekulation mit Boden beruht, ein Widerspruch in sich, also unmöglich ist. Der strenge und ausführliche Beweis, wohlgerne nicht allein für die innerwirtschaftlichen Folgen von Zins, Renditesystem, Wachstumszwang und Bodenspekulation, der in dieser Zeitschrift von vielen kompetenten Autoren sooft dargelegt wurde, sondern für deren Bedeutung und überhaupt die Bedeutung einer übermächtigen Wirtschaft, sei mir in diesem bemessenen Rahmen erlassen.^[10] Es genüge der Hinweis, dass in unseren Einheitsparlamenten alle Gesetzgebungsmacht undifferenziert am Werke ist, d. h. dass sich bei solcher Gesetzgebung stets die wirtschaftlich Bevorteilten durchsetzen werden. Das geht übrigens nachweislich soweit, dass die wirtschaftlich krass Benachteiligten gar nicht mehr zu den Wahlen gehen, sondern

sich auf die Seite der größten „Partei“, die der Nichtwähler schlagen.^[11] Dagegen steht hier die Forderung nach einer Wirtschaftsdemokratie, *worin die Bevölkerung gezielt die Art der Wirtschaft bestimmen kann*, die ihr dient, allerdings unter den Vorgaben

- der Grundwerte: Wieweit sind z. B. Zinsnahme und Bodenspekulation oder der Handel mit ökologisch belasteten Gütern sittlich? Welches Maß an Naturzerstörung für den wirtschaftlichen „Wohlstand“ einiger ist erlaubt? Was bedeutet Gemeinwohlwirtschaft?
- kultureller Maßstäbe: Welche Eingriffe in traditionelle Lebensformen und Gemeinschaften sind erlaubt, um der wirtschaftlichen Effizienz willen?
- politischer Maßstäbe: Sind das Nordstream2-Projekt oder der Handel mit Diktaturen einfach eine Angelegenheit der „freien Wirtschaft“?

An diesen wenigen Beispielen wird einerseits deutlich, dass die Gesetzgebungsentscheidungen eines Wirtschaftsparlaments unter den Vorgaben der übergeordneten Teilparlamente stehen. Durch erste, zweite und dritte Lesung von Gesetzesvorhaben wird die Beteiligung des Gesamtparlamentes gewährleistet. Doch im Unterschied zum jetzigen Einheitsparlament wird deutlich, wird *transparent*, welche Werturteile ein Gesetz verhindern, modifizieren oder durchgehen lassen. Auch der unvermeidliche Lobbyismus, die Vertretung der jeweiligen Interessengruppen, wird auf diese Weise transparent. Transparenz ist diesbezüglich die Hauptsache. Sie macht den gewaltigen Unterschied zum gegenwärtigen Zustand.

Die pluralistische Besetzung eines Wirtschaftsparlaments



Was nun die bereichsspezifischen Wahlen für das Wirtschaftsparlament angeht, so konkurrieren natürlich *wirtschaftliche Sachparteien* als solche miteinander. Die bereichsspezifischen Diskussionen allein würden schon die

große Partei der Nichtwähler schrumpfen lassen, jener intelligenten und interessierten Zeitbeobachter zumal, die vormals angeekelt waren vom heillosen Durcheinander der Themen, wie ich selbst es bin.

Bei bereichsspezifischen Wahlen konkurrieren wirtschaftliche Sachparteien mit verschiedenen und konträren Auffassungen von Wirtschaft. Da wird es zweifellos mindestens eine neoliberale, neokapitalistische, industriennahe Partei geben, die jedoch nunmehr Farbe bekennen müssen und sich nicht einfach als „freiheitlich“ verkaufen können. Da wird es vielleicht mehrere geldreformerische Parteien sowie eine radikal ökologische Partei geben. Ein Verein wie ATTAC wird aus dem Groll über politisch begründete, ungerechte Besteuerung der Spenden heraustreten ins Offene: in die parlamentarisch-politische Arbeit. Auch die Gemeinwohlökonomie, die Christan Felber vorschwebt, hätte in einem Wirtschaftsparlament ihre Aufgaben und Chancen.

Parlamentarische Kommissionen neuen Stils



Was Gesundheits- und Ökothemen betrifft, werden in der parlamentarischen Arbeit hier wie auch bei anderen Themen *Kommissionen* gebildet werden, der sowohl Abgeordnete des Wirtschaftsparlaments wie des Grundwerteparlaments angehören. Solche Mischbesetzungen sind keineswegs Durchbrechungen des Prinzips der Wertstufung, der Bereichsspezifität, einer der wenigen ernsthaften Einwände, die mir überhaupt gemacht wurden. Denn entscheidend ist die Wahl, ist die Verantwortung für einen Wertbereich, die Abgeordnete bei der Wahl übernehmen. Die Abstimmung verschiedener Wertgesichtspunkte bildet, statt das neue Prinzip der Wertstufung zu durchbrechen, vielmehr deren Konkretisierung in der parlamentarischen Praxis. Den auch gehörten Einwand, dass wir doch auch jetzt schon Kommissionen mit gemischter Besetzung hätten, kann ich dagegen kaum ernst nehmen: Kommissionen aus Allroundparteien, die für alles und nichts gewählt wurden und hinter denen jeweils ein Heer von heimlichen Lobbyisten steht, lassen sich doch nicht vergleichen mit Kommissionen, in denen verschiedene

¹⁰ Vgl. dazu auch nicht-freiwirtschaftliche Autoren wie Jakob Augstein, *Sabotage: Warum wir uns zwischen Demokratie und Kapitalismus entscheiden müssen*, München 2013.

¹¹ Diese „Partei“ ist trotz der einstigen Versuche von Werner Peters (Köln) unorganisiert geblieben. Ihre Organisation kann auch nicht gelingen, ohne dass bereichsspezifisch abgestimmt wird! Man muss dazu weiter ausholen, nämlich demokratietheoretisch auf Ganze gehen.

Sachparteien, auch aus den verschiedenen Teilparlamenten, ihre Argumente und unverhohlen ihre jeweiligen Interessen austauschen! *Unverhohlener* Interessenaustausch ist es gerade, was dem jetzigen heimlichen und verhohlenen Lobbyismus abgeht und ihn so gefährlich macht für den demokratischen Interessenausgleich.

Währungsamt im Sinne einer Vierten Gewalt („Monetative“)?



Die Befürworter einer „Monetative“ (www.monetative.de) als angeblich Vierte Gewalt sollten anerkennen, dass ihr Anliegen einer Lenkung der Geldmenge (und der Unterbindung angeblich eigener „Geldschöpfung“ bei Kreditvergabe) durch ein Währungsamt, wie es schon Gesell vorsah, in diesem Konzept bestens und ohne Begriffswirrwarr aufgehoben ist: Außer dem *Wirtschaftsparlament* gäbe es die *Wirtschaftsregierung* mit den entsprechenden Ministerien sowie die *Wirtschaftsverwaltung* (z. B. die Finanzämter, auch das besagte Währungsamt, soweit es nicht schon der Regierungsexekutive angehört) sowie eine *Wirtschaftsjudikative*, die sachgerechter und kompetenter als bisher die Wirtschaftsgesetzgebung und ihre Einhaltung überwachen könnte.

Fazit zur Wirtschaftsdemokratie



Es handelt sich um ein grundstürzendes Konzept von Wirtschaftsdemokratie im Rahmen einer gesamt demokratischen Neuordnung. Die positiven Folgen für eine der großen Mehrheit dienende, sie nicht mehr beherrschende Wirtschaft sind unabsehbar. Das gesamt demokratische Konzept ist jedoch nicht nur *eine* Möglichkeit, sondern die einzige Möglichkeit, die ich sehen kann, die alten „Träume“ der Geldreformer zu verwirklichen. Viele von ihnen machen sich nicht genügend klar, dass z. B. die Durchsetzung einer Umlaufsicherung auf lagerndes Geld (soweit diese derzeit noch oder durch steigende Inflation wieder aktuell ist) oder eine höchst aktuelle Bodenreform ohne den erbitterten Widerstand, der vom jetzigen System Profitierenden nicht denkbar ist. Dieser Widerstand kann nur vom gesamt demokratischen System her gebrochen werden, was

einer friedlichen, konstruktiven Revolution gleichkommt. Im Rahmen der jetzigen Viertelsdemokratie mit strukturell unsachlichen Allroundparteien hat eine Geld- und Wirtschaftsreform keine Chance. Ob es um eine nur Gemeinwohlökonomie, die das Demokratieproblem nicht grundlegend bei den Hörnern packt, wage ich zu bezweifeln.

Wer meint, das Aufgezeigte sei ferne Zukunftsmusik, unterschätzt den allseits fühlbaren und hörbaren Drang zu neuen Lösungen, der am offensichtlichsten, jedoch keineswegs allein von der Klimafrage ausgeht. Gerade die vielfachen Krisen sind es, die neue Zukunftschancen eröffnen. Nur kann sich dieser Drang und Zwang zu neuen Demokratieformen noch nicht begrifflich adäquat und realistisch artikulieren.

Differenzierung der Systemebenen als Überlebensfrage für Europa



Das gilt nicht zuletzt von der Europapolitik, worüber ich in einem anderen Artikel dieser Zeitschrift handeln konnte.^[12] Die Unterscheidung der aufgezeigten Systemebenen ist für Europa entscheidend: Einerseits Vereinheitlichung Europas auf der wirtschaftlichen sowie (jedoch anders) auf der politischen Ebene, auf der weltanschaulichen ohnehin. Dies ist eine verschwiegene, von den Vertretern eines „Europas der Regionen“ (anstelle der Nationen) unterlagene Bedingung gemeinsamer europäischer Parteien und würde erst durch Sachparteien erfüllt. Trotz solcher gesamteuropäischen Thematisierung von Sachfragen durch europäische Parteien heißt es: Wahrung der Verschiedenheiten der Nationen und Anerkennung ihrer kostbaren Besonderheiten auf der kulturellen Ebene! Wären solche Unterscheidungen gemacht worden, hätte es sicher keinen Brexit gegeben.

Die Weiterentwicklung der Demokratie in Richtung Wertstufendemokratie mag für die einzelnen Nationen noch Zukunftsmusik sein. Ein Parlament für die UNO auf Weltebene hätte übrigens gar keinen Sinn ohne die Differenzierung

der Sach- und Wertebenen.^[13] Für Europa stellt sie nichts Geringes als eine Überlebensfrage dar, schon jetzt. Europa ist der Kontinent der Differenzierung:

- Unterscheidung von Staat und Kirche durch Beendigung des Gottesgnadentums der Regenten
- Unterscheidung von Glaube und Wissenschaft
- Unterscheidung von ausgeprägten Nationalkulturen und verbindenden universalen (religiösen und ethischen) Grundwerten
- Unterscheidung von staatlicher Rahmensetzung und freiem Unternehmertum
- künftige Unterscheidung von wirtschaftlicher und politisch-militärischer Macht

Für Deutschland wäre es großartig und heilend, wenn Demokratie von einem Nachkriegs-Importartikel entscheidend weiterentwickelt würde, aus der denkerischen Tradition unseres Landes heraus. Ohne die Reflexionstheoretiker Kant, Fichte, Hegel und deren Nachfolge-Denker wie der philosophische Theologe Paul Tillich und der Logiker Gotthard Günther und viele andere wäre ein solcher Vorschlag nicht möglich gewesen.

Bemerkungen zu Dreigliederung und Viergliederung



Was mein Verhältnis zu Rudolf Steiner angeht, so ist die „Viergliederung“ ursprünglich ohne Einfluss seiner „Dreigliederung“ entstanden. Ich habe dann in Revolution der Demokratie an zwei Stellen ausführlicher meinen Respekt vor Steiners Intuition der Gliederung des „sozialen Organismus“ bekundet, jedoch auch den grundsätzlichen Unterschied seiner intuitiven Art zu einer sozialwissenschaftlichen, handlungs- und reflexionstheoretisch fundierten Herangehensweise benannt. Es wäre zu oberflächlich, nur den Unterschied zwischen Drei und Vier in der Gliederung des Sozialen zu thematisieren,

¹² Darf's etwas mehr oder weniger Europa sein? Zur Auflösung einer allzu beschränkten Alternative, in: HW 1/2013. Als Buch: Die Logik des europäischen Traums. Eine systemtheoretische Vision, Sankt Augustin 2014, Baden-Baden 2019.

¹³ Jo Leinen/Andreas Bummel, *Das demokratische Weltparlament. Eine kosmopolitische Vision*, Bonn 2017. – Das Elend des jetzigen Parlamentarismus auf Weltebene übertragen?

